



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Julius Lang

**Nudging Neoliberalism?
Verhaltensökonomie als
neoliberale Gouvernementalität**

Bachelorarbeit bei
Prof Dr. Karsten Fischer
SoSe 2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Nudging	3
2.1. Das Verhältnis zum Homo oeconomicus	4
2.2. Die Entscheidungsarchitektur und die Funktionsweise des Nudging	6
2.3. Politische Praxis	7
3. Libertärer Paternalismus – libertär oder paternalistisch?	9
3.1. Libertäre Kritik.....	11
3.2. Etablistische Kritik.....	12
4. Gouvernementalität	13
4.1. Regierung und Rationalität.....	14
4.2. Herrschafts- und Selbsttechnologien.....	16
4.3. Neoliberalismus.....	18
5. Nudging als Technologie neoliberale Gouvernementalität	21
5.1. Die De-politisierung des Marktes	22
5.2. Konstruktion eines neuen <i>Homo oeconomicus</i>	25
5.3. Nudging als Sicherheitstechnologie	27
5.4. Neoliberal oder neosozial?	29
6. Diskussion und Ausblick	31

„Das 20. Jahrhundert war geprägt von vielen künstlichen Debatten über die Möglichkeit eines Dritten Weges. Wir glauben, dass der libertäre Paternalismus einen echten Dritten Weg darstellt (...)“ (Thaler und Sunstein 2009: 332)

1. Einleitung

Mit der fortschreitenden Individualisierung der Gesellschaft und einer zunehmenden Komplexität der Entscheidungsfindung wächst der Zweifel in der Politik, ob klassische Techniken der Public Policy, wie steuerliche Anreize oder gesetzliche Regulierung, noch ausreichend sind oder den gewünschten Outcome erzielen. Um diesem Trend entgegen zu wirken, steigt das Interesse politischer Entscheidungsträger an den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie. Diese versprechen eine Lösung für die gesellschaftlichen Probleme der Gegenwart: Ob private Altersvorsorge, Adipositas oder die Herausforderungen des Klimawandels – nicht ökonomische Anreize sollen nach Ansicht der Verhaltensökonomen den Rahmen dafür schaffen, dass Bürger ‚bessere‘ Entscheidungen treffen.

Diese Idee folgt dem Konzept des Libertären Paternalismus. Das Konzept, welches von Richard Thaler und Cass Sunstein in einem Artikel (Thaler & Sunstein 2003) und ihrem prominenten Buch *Nudge – Wie man kluge Entscheidungen anstößt* (2009) vorgestellt wurde, entfachte eine neue Debatte in der Wissenschaft über die Grenzen und Möglichkeiten paternalistischer Eingriffe durch den Staat (Henderson 2014: 68).

Den Annahmen der Verhaltensökonomie folgend, dass Individuen nicht immer rational handeln, systematisch Fehler begehen und so nicht immer die für sie optimalen Entscheidungen treffen, empfehlen Thaler und Sunstein einen ‚sanften Paternalismus‘. Durch einen kleinen Schubs – Nudge¹ – soll Individuen zu ‚besseren‘ Entscheidungen verholfen werden, ohne dabei jedoch deren Entscheidungsfreiheit einzuschränken.

Auch jenseits des akademischen Diskurses stieß das Konzept zunehmend auf Zustimmung. Dass es 2008 auf der „summer reading list“ der britischen Tories (The Telegraph: 2008) landete, war nur ein erstes Zeichen dafür, welche Karriere die Verhaltensökonomie in der Politik haben würde. Seit 2010 entwickelt das Behavioural Insight Team in Großbritannien verhaltensökonomische Strategien für die Politik. Es folgten ähnliche Einrichtungen in den USA, Dänemark, Frankreich und Deutschland sowie bei der EU und der Weltbank. Mit steigender

¹ Das englische Verb „to nudge“ bedeutet „sanft schubsen“. Um Verwechslungen und Ungenauigkeiten zu vermeiden, wird in dieser Arbeit der englische Begriff „Nudge“ bzw. „Nudging“ verwendet.

Popularität wuchs jedoch auch die Kritik an Nudging und am Libertären Paternalismus. Auf beiden Seiten des politischen Spektrums stieß Nudging auf Widerstand. Die ‚Liberalen‘ sprachen von „big government“ (The Economist 2006) und „Nanny Staat“ (Die WELT 2015). Aus dem ‚linken Lager‘ wurde der Vorwurf laut, Nudging fördere den schlanken Staat und sei marktliberal (Wells: 2010). Wie soll Nudging nun bewertet werden?

Weder als das eine noch als das andere: Nudging – so die These dieser Arbeit – stellt eine Technologie neoliberaler Gouvernementalität dar. Ausgehend von Foucaults Spätwerk, den Studien zu Gouvernementalität (2004; 2006), und den daran anschließenden *Governmentality Studies* soll untersucht werden, ob und wie Nudging als Technologie neoliberaler Gouvernementalität wirkt.

Dazu sollen zunächst die zu untersuchenden Konzepte vorgestellt werden. In einem ersten Schritt beschreibt diese Arbeit die theoretischen Annahmen der Verhaltensökonomie und der Funktionsweise des Nudging, um abschließend zwei realpolitische Nudging-Projekte zu präsentieren. Darauf schließt sich eine Auseinandersetzung mit der Theorie des Libertären Paternalismus als theoretische Grundlage für Nudging und dessen Einbettung im politisch-wissenschaftlichen Diskurs an. Im Anschluss an diesen deskriptiven Teil folgt eine Darstellung der für die Analyse dieser Arbeit wichtigsten Konzepte: zum einen Foucaults Konzepte der Regierung und Rationalität sowie der Herrschafts- und Selbsttechniken, zum anderen eine auf Foucaults Studien basierende Konzeptualisierung des Phänomens des Neoliberalismus bzw. des neoliberalen Regierens. Dabei soll Neoliberalismus nicht lediglich als ideologische Rhetorik oder als politisch-ökonomische Realität aufgefasst werden, sondern vor allem „als politisches Projekt, das darauf zielt, eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt.“ (Lemke 2000: 9)

Nach der Vorstellung der theoretischen Konzepte wird argumentiert werden, dass Nudging als eine Technologie neoliberaler Gouvernementalität verstanden werden sollte, deren Ziel es ist, durch staatliches Handeln das Verhalten von Individuen so zu regulieren und zu beeinflussen, dass diese konform zu der ‚Logik des Marktes‘ handeln. Bei dieser Diagnose lassen sich drei konstitutive Elemente ausmachen: *Erstens*, Libertären Paternalismus als politische Strategie, die den Markt de-politisiert, zu verstehen und so den performativen Charakter dieser Theorie als Form von „Wahrheitspolitik“ (Lemke 2000: 23) zu beschreiben. *Zweitens*, die Rolle von Nudging bei der Konstruktion des neoliberalen Subjekts – des *Homo oeconomicus* – zu erklären. *Drittens*, die politischen Forderungen des Libertären Paternalismus als Sicherheitsdispositive neoliberaler Regierung zu dechiffrieren. Die Analyse von Nudging schließt mit einer Diskussion, ob die angestrebte Rationalität tatsächlich als ‚neoliberal‘ oder vielleicht eher als

,neosozial‘ bezeichnet werden sollte. Diese Arbeit ordnet sich in das Forschungsfeld der *Governmentality Studies* ein und verfolgt mit seiner Analyse von Nudging als Technologie neoliberaler Gouvernementalität eine doppelte Zielsetzung. Zum einen möchte sie einen Beitrag zu der kritischen Auseinandersetzung mit Nudging, der Verhaltensökonomie sowie dessen Rolle für die gegenwärtige Public Policy leisten. Da die überwiegende Mehrzahl der wissenschaftlichen Publikationen aus dem Bereich der kritischen Geographie (Pykett et. al: 2011; Whitehead et al.: 2011; Jones et al. 2011) stammen, möchte diese Arbeit das Forschungsfeld um eine politiktheoretische – um genauer zu sein: eine foucauldianische – Perspektive erweitern, um so Nudging in all seinen Dimensionen der Machtausübung zu verstehen.

Zum anderen soll diese Arbeit demonstrieren, dass eine Analyse von Nudging im Kontext neoliberaler Gouvernementalität kritisch und notwendig für das Verständnis gegenwärtigen neoliberalen Regierens ist. Besonders, wenn man Neoliberalismus nicht als rein politische Ideologie des ‚freien Marktes‘ deutet, sondern Neoliberalismus in seiner ganzen Ambivalenz zwischen „Als-ob-Mechanik der selbstregulierenden Ökonomie und (...) Als-ob-Anthropologie des unternehmerischen Selbst“ (Lessenich 2003a: 91) begreift, kann die Analyse von Nudging helfen zu verstehen, wie und nach welcher neoliberaler Rationalität regiert wird. Darüber hinaus kann die Gouvernementalitätsperspektive dazu beitragen, die Konstruktion dieser Rationalitäten zu problematisieren: „(...) any criticism of neoliberalism as governmentality must not focus on its errors, on its myopic conception of social existence, but on its particular production of truth.“ (Read 2009: 39)

„We need to promote more responsible corporate and consumer behaviour through greater transparency and by harnessing the insights from behavioural economics and social psychology.“ (HM Government 2010)

2. Nudging²

Nudging – wie in Thaler und Sunsteins Buch *Nudge* vorgestellt – basiert auf den Annahmen der Verhaltensökonomie. Das stetig wachsende Forschungsfeld der Verhaltensökonomie wendet Verfahren der experimentellen Psychologie auf die Annahmen der klassischen Wirtschaftswissenschaften, vor allem des Neoklassizismus, an, um menschliches Handeln nicht

² Da es sich bei den Kapiteln 2. – 2.2 lediglich um arbeitsdefinitorische Kapitel handelt und sich der Forschungsstand seit 2015 unwe sentlich geändert hat, sind Teil dieser Kapitel aus einem älteren, unveröffentlichten Arbeit von JL übernommen worden

anhand der Nutzenfunktion, sondern anhand tatsächlich beobachtbaren Verhaltens zu beschreiben (Thaler & Mullainathan 2000). Das Modell des *Homo oeconomicus* wird von der Verhaltensökonomie im Hinblick auf die Nutzenvariable weitestgehend abgelehnt. Die vom Mainstream der Wirtschaftswissenschaften postulierte *Rational Choice* Theorie wird durch die empirischen Ergebnisse der Verhaltensökonomie (Sugden 2009) in Frage gestellt. Der Entscheidungsfindungsprozess des Individuums wird durch das (soziale) Umfeld und die Strukturierung der Entscheidungsoptionen maßgeblich beeinflusst. Das Individuum wird von der Verhaltensökonomie *nicht* als lediglich Präferenzen maximierenden *Homo oeconomicus* beschrieben, sondern im Hinblick auf seine „psychologische Komplexität und Fehlbarkeit“ (Legget, 2014: 3) charakterisiert.

Mit der zunehmenden Relevanz der Verhaltensökonomie finden deren Erkenntnisse und Konzepte auch vermehrt Anwendung bei der Konzeption von Public Policy Strategien. Während die Wirtschaftspolitik sich traditionell auf den rational agierenden Akteur und dessen konsistente Präferenzen als Maßstab der jeweils umzusetzenden Policy berief, wird diese Herangehensweise auch außerhalb der Wissenschaften zunehmend in Frage gestellt (Sugden 2009: 366).

Thaler und Sunstein präsentieren mit ihrem Ansatz des Nudging einen Alternativvorschlag für Politik- und Gesetzesgestaltung. Basierend auf ihrer Theorie des Libertären Paternalismus empfehlen sie Nudges, die die Komplexität menschlichen Handelns berücksichtigen und durch gezielte Ansätze überwinden sollen, um dem individuellen Akteur zu einer ‚besseren‘ Entscheidung zu verhelfen.

Um die Methode des Nudging besser zu verstehen, soll nun im folgenden Abschnitt das Verhältnis der Verhaltensökonomie zum *Homo oeconomicus* detailliert beschrieben werden, um dann im Anschluss die Funktionsweise des Nudging und die Rolle der Entscheidungsarchitektur zu erläutern. Abschließend soll Nudging im Kontext politischer Praxis dargestellt werden.

2.1. Das Verhältnis zum *Homo oeconomicus*

Das Modell des *Homo oeconomicus* war für mehr als ein Jahrhundert das Erklärungsmodell ökonomischer Theorien für menschliches Verhalten (Anderson 2000: 170). Dieses Modell beschreibt das Individuum als „atomistisches Individuum, das dauerhafte, einheitliche und genau definierte Präferenzen besitzt, welche auf Selbstinteresse und Nutzenmaximierung basieren.“ (McMahon 2015: 141) Durch die Abwägung von Kosten und Nutzen und einer Auswahl entsprechender Strategien ist der rationale Agent bestrebt, seine Präferenzen zu maxi-

mieren. Der *Homo oeconomicus* strebt in jeder Situation danach, seine Nutzenfunktion zu optimieren (Camerer *et al.*, 2003; DellaVigna, 2009).

Neben philosophischen, soziologischen, und politischen Denkschulen wurden diese fundamentalen Annahmen der (neo-)klassischen Theorie vor allem durch die Verhaltensökonomie kritisiert und in Frage gestellt (Thaler, 2000; Camerer *et al.*, 2003; DellaVigna 2009). Camerer *et al.* (2003) identifizieren zwei ‚Wellen‘ in der Verhaltensökonomie-Forschung: Die erste zielte darauf ab, anhand empirischer Experimente zu untersuchen, ob und wie Menschen entgegen der Annahmen des *Rational Choice* Modells handeln. Daraus leiteten sie Abweichungen zum Model des *Homo oeconomicus* ab. Die zweite ‚Welle‘ versuchte auf diesen Erkenntnissen aufbauend Modelle zu erstellen, um menschliches Handeln unter realistischen Bedingungen vorhersehbar zu machen und anschließend diese Erwartungen in Policies und Gesetze mit einfließen zulassen (ebd.: 1214–1216).

Zentral für die Autoren der Verhaltensökonomie bei der Beeinflussung von Entscheidungen ist die Bedeutung von Verhaltensmustern und psychologischen Faktoren für die Ausformung von sozialen und ökonomischen Entscheidungen (Wells 2010: 112).

In Ablehnung des klassischen Modells des *Homo oeconomicus* stellt DellaVigna (2009) drei wesentliche Abweichungen vom rationalen Agenten fest. Die Präferenzen des Individuums können sich im Lauf der Zeit ändern (1), sind Referenz und Kontext abhängig (2) und werden beeinflusst durch soziale Normen, weshalb sie daher nicht immer egoistisch sind (3).³

Thaler und Sunstein, die sich der zweiten „Welle“ der Verhaltensökonomie zuordnen lassen, treffen in *Nudge*, basierend auf diesen Abweichungen, die Unterscheidung zwischen ‚Econs‘ und ‚Humans‘. Der ‚Econ‘ ist der klassische *Homo oeconomicus*. Da dieser nur ein ökonomisches Modell darstellt, aber kein real existierendes Gegenstück kennt, stellen Thaler und Sunstein (2009: 17) den ‚Human‘ – abgeleitet von *Homo sapiens* – vor.

Das Verhalten des ‚Human‘ ist durch eine *Bounded Rationality* bestimmt, d.h. der ‚Human‘ besitzt im Gegensatz zum ‚Econ‘ *nicht* „volle Aufmerksamkeit, intakte, geistige Fähigkeit und komplett Selbstbeherrschung“, (Sugden 2009: 370), um rational zu handeln. Das Verhalten der ‚Humans‘ ist durch Trägheit gekennzeichnet und, auch wenn sie strategisch handeln, machen sie systematisch Fehler. Thaler und Sunsteins Ansatz basiert auf der Dichotomie zwischen dem „reflektiven“ (rationalen) und dem „automatischen“ (intuitiven) Denksystem. Nudging – so Thaler und Sunstein – versucht die Eigenschaften des „automatischen“ Systems zu nutzen, um den ‚Human‘ rationaler handeln zu lassen.

³ Vgl. Fußnote 2.

2.2. Die Entscheidungsarchitektur und die Funktionsweise des Nudging

Den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie folgend, dass die ‚Humans‘ – im Gegensatz zum Modell des *Homo oeconomicus* – nicht immer rational handeln, empfehlen Thaler und Sunstein einen Schubs in die ‚richtige‘ Richtung. Unter Nudging verstehen Thaler und Sunstein (2009: 15)

„alle Maßnahmen, mit denen Entscheidungsarchitekten das Verhalten von Menschen in vorhersagbarer Weise verändern können, ohne irgendwelche Optionen auszuschließen oder wirtschaftliche Anreize stark zu verändern. Ein Nudge muss zugleich leicht, ohne großen Aufwand zu umgehen sein. Er ist nur ein Anstoß, keine Anordnung.“

Zentral ist die Strukturierung des Entscheidungsprozesses – die Entscheidungsarchitektur (engl. „choice architecture“). Ein sogenannter Entscheidungsarchitekt ist mit deren Entwurf vertraut. Thaler und Sunstein (2009: 11) beschreiben den Architekten als jemanden, der dafür verantwortlich ist, „das Umfeld [zu] organisieren, in dem Menschen Entscheidungen treffen.“ Neben vielen anderen Beispielen führen sie ein klassisches Beispiel aus der Verhaltensökonomie an – die Cafeteria. Das Konsumverhalten der Konsumenten – also die Besucher der Cafeteria – wird nachweislich durch die Darstellung der Entscheidungsoptionen – also die Anordnung der Speisen und Produkte – bestimmt. Die Kontextualisierung von Wahlmöglichkeiten hat einen maßgeblichen Einfluss auf den Entscheidungsprozess des Individuums. Zentral bei dieser Kontextualisierung bleibt jedoch, dass keine der Wahlmöglichkeiten ausgeschlossen wird. Bezogen auf das Kantinenbeispiel, bedeutet das, dass das Drapieren des Obsts auf Augenhöhe als Nudge zählt – zuckerhaltige oder fettige Speisen zu verbieten dagegen nicht.

Den Einfluss des automatischen Systems und die Bedeutung von Kontextualisierung von Entscheidung berücksichtigend, schlagen Thaler und Sunstein (2009: 123-144) folgende Konfigurationen für eine ‚gute‘ Entscheidungsarchitektur vor:

- *Standardvorgaben – der Weg des geringsten Widerstands*: Die gezielte Strukturierung von Standardvorgaben macht sich die Trägheit der ‚Humans‘ zu Nutze. In der Regel wird dieser die Standardoption akzeptieren, da die Wahl einer Alternativoption eine aktive Handlung erfordert und er den Weg des geringsten Widerstands wählen wird. Als Beispiel dient etwa die *opt-out* Option (Widerspruchslösung) für Organspender in vielen europäischen Ländern im Gegensatz zu einer *opt-in* Regelung (Entscheidungslösung) in Deutschland.

- *Fehler einkalkulieren*: „Humans“ begehen Fehler. Eine „gute“ Entscheidungsarchitektur beugt diesen Fehlern vor. Diverse Warnfunktionen von Autos, wie etwa ein Signalton, wenn der Gurt nicht angelegt wurde, oder das automatische Einschalten der Scheinwerfer beugen beispielweise diesem Fehlverhalten vor.
- *Komplexe Entscheidungen strukturieren*: Ein zu großes Angebot an Möglichkeiten kann die richtige Wahl erschweren. Eine Strukturierung des vorhandenen Angebots, wie etwa die Vorschläge für Bücher bei Amazon, kann daher helfen die bessere Entscheidung zu treffen.
- *Herdenverhalten*: Im Gegensatz zu den asozialen „Econs“ sind „Humans“ weniger bereit vom Normverhalten abzuweichen (Legget 2014: 6). Als Beispiel dient eine Studie zum Energieverbrauch. Verbrauchern, denen mitgeteilt wurde, dass sie überdurchschnittlich viel Energie im Vergleich zu ihren Nachbarn verbrauchten, reduzierten daraufhin ihren Verbrauch (Thaler und Sunstein 2009: 101).⁴

Durch gezielte Strukturierung der Entscheidungsoptionen sollen Menschen nicht nur durch private, sondern auch durch staatliche Akteure zu „besseren“ Entscheidungen bewegt werden.

2.3. Politische Praxis

Als im Herbst 2014 das Bundeskanzleramt drei Stellen für die Projektgruppe „Wirksam Regieren“ ausschrieb, war die Aufregung in der Politikszene in Berlin und in deutschen Medien groß. Die Gruppe im Kanzleramt solle die „Entwicklung alternativer Designs von politischen Vorhaben“ auf Grundlage verhaltenswissenschaftlicher Erkenntnisse vorantreiben, hieß es in der Anzeige (FAZ: 2014). Schnell wurde die Verbindung zu Thaler und Sunsteins *Nudge* hergestellt. Als die Projektgruppe Anfang 2015 an den Start ging, war sie jedoch nicht die erste ihrer Art.

Erste Umsetzungsversuche der verhaltensökonomischen Ansätze fanden bereits unter New Labour in Großbritannien statt (Halpern *et al.*: 2004). In der Cabinet Office Strategy Unit gelangt „behavior change“ auf die politische Agenda.

Jenseits des akademischen Diskurses über die Bedeutung der Verhaltensökonomie für Public Policy (Thaler und Sunstein 2003; Camerer *et.al* 2003) gewann die Agenda mit dem Regierungswechsel 2009 in Großbritannien erneut an Aufwind. Nachdem Thaler und Sunstein mit *Nudge* 2008 ihr Konzept popularisiert hatten, rückten der Verhaltensökonom und der Jurist auf entscheidende Posten: Cass Sunstein wurde zum Direktor des Büros für Regulatory Affa-

⁴ Vgl. Fußnote 2.

irs unter der Obama-Administration ernannt und Thaler wurde bereits 2008 – also vor dem Regierungswechsel – Berater des britischen Premiers David Cameron (Pykett *et. al* 2011).

Mit dem Aufbau des Behavioral Insight Teams (BIT) 2010 unter der konservativ-liberalen Koalition in Großbritannien wurde erstmalig eine eigene Einheit gegründet, die sich ausschließlich mit der Konzeption und Umsetzung verhaltensökonomisch basierender Public Policy beschäftigte. Die „Nudge-Unit“, wie das BIT auch umgangssprachlich genannt wird, entwickelte Regulierungsinstrumente in nahezu allen Politikbereichen – ob Gesundheits-, Umwelt oder Finanzpolitik. Dass sich die Nudge-Unit auch fünf Jahre nach Gründung wachsender Beliebtheit erfreut, mag wohl vor allem daran liegen, dass sie durch ihre Programme bis zu £300 Millionen im öffentlichen Haushalt einsparen konnte – das zehnfache ihrer Kosten (COBIT: 2012).

Ähnlichen Ansätzen folgend arbeitet das MindLab in Dänemark und seit 2014 das Social and Behavioral Sciences Team in den Vereinigten Staaten. Auch in Frankreich, der EU-Kommission oder eben auch in Deutschland mit der Projektgruppe „Wirksam Regieren“ hält die Verhaltensökonomie vermehrt Einzug in die Policy-Konzeption. Der Weltentwicklungsbericht 2015 der Weltbank unter dem Titel „Mind, Society and Behavior“ beschäftigt sich mit den Potenzialen der Verhaltensökonomie für die Entwicklungspolitik (World Bank 2015).

Um den konkreten Einsatz verhaltensökonomischer Ansätze für Public Policy zu erklären, sollen an dieser Stelle zwei ‚Nudge-Initiativen‘ vorgestellt werden, die von besonderer Relevanz sind.

In Großbritannien führte das BIT ein Experiment durch um die Bereitschaft von Freiberuflern und Unternehmern, ihre Steuern rechtzeitig und korrekt zu zahlen, zu erhöhen. In Großbritannien müssen Selbstständige und kleine Unternehmen schätzen, wie viel Steuern sie an den Staat überweisen. Das BIT modifizierte in Zusammenarbeit mit dem für Eintreibung von Steuern verantwortlichen HM Revenue and Customs (HMRC) die Mahnschreiben, die nach Ablauf der jährlichen Frist an diejenigen gesendet werden, die ihre Steuern noch nicht gezahlt haben. In einer Versuchsgruppe von 140.000 Teilnehmern wurden die Mahnschreiben versendet. Dem Steuerzahler wurde in dem modifizierten Schreiben mitgeteilt, dass die Mehrheit der Steuerzahler in seiner Stadt oder Region ihre Steuern bereits überwiesen haben. Zusätzlich wurde die Bedeutung der Steuern für die öffentlichen Leistungen betont. Im Ergebnis stieg die Zahl der fristgerechten und vollständigen Steuerzahlungen um 15 Prozent und in fünf Jahren konnte das HMRC £210 Millionen mehr Steuern einnehmen (COBIT 2011; 2012). Das Experiment bestätigte die Annahme der Verhaltensökonomie zum *Herdenverhalten* (vgl. 1.2).

Eine Initiative, die Thaler und Sunstein (2009: 148-160) in *Nudge* vorgeschlagen haben, betrifft das Rentensystem. Basierend auf der Annahme, dass Menschen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht von den Standardvorgaben abweichen, empfehlen Verhaltensökonomen (Thaler und Sunstein 2009; Traxler 2016) eine automatische Registrierung in (private) Altersvorsorgen mit der Möglichkeit, sich wieder auszutragen: die Entscheidungsarchitektur von einem *opt-in* zu einem *opt-out* System verändert. Solche Programme kamen unter anderem in den USA zum Einsatz. Dort schreiben viele Unternehmen ihre Mitarbeiter automatisch in sogenannte 401(k)-Plans ein. Durch eine automatische Registrierung soll die private Altersvorsorge optimiert und so Altersarmut bekämpft werden (Beshears *et al.* 2007). Auch in Deutschland wird eine Reformierung des Rentensystems hin zu einem *opt-out* System im Bereich der privaten Altersvorsorge von einigen Verhaltensökonomien befürwortet (MetallRente 2016).

In der Analyse von verhaltensökonomisch informierter Public Policy wird die Initiative zur Verbesserung der Altersvorsorge in der Literatur als eine der erfolgreichsten Policies bewertet (Loewenstein und Bhargaval 2015). Grundsätzlich werden die Nudge-Initiativen – vor allem des BITs – trotz einiger Fehlschläge als überwiegend erfolgreich betrachtet. Die Relevanz der Verhaltensökonomie für Public Policy – so lässt sich abschließend urteilen – hat mit der Institutionalisierung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Um es mit Leggett (2014: 4) zu sagen: „(...) the political impact has been dramatic.“

„*The only purpose for which power can be rightfully exercised over any member of a civilized community, against his will, is to prevent harm to others.*“ (Mill 2002: 22)

3. Libertärer Paternalismus – libertär oder paternalistisch?

Das Konzept des Libertären Paternalismus wirkt auf den ersten Blick wie ein unauflöslicher Widerspruch, ist für Thaler und Sunstein (2003: 1159) jedoch „sowohl möglich als auch wünschenswert.“ Da dieser sowohl paternalistische wie auch libertäre Elemente enthält, handelt es sich ihrer Ansicht nach *nicht* um ein Oxymoron. Thaler und Sunstein liefern mit ihrem Libertären Paternalismus ein Konzept, das traditionelle liberale Einschränkungen staatlichen Handelns neu denkt.

Libertärer Paternalismus lässt sich auf die wachsende Bedeutung der Verhaltensökonomie zurückführen (Sugden 2009: 366). Mit einem sich wandelnden Verständnis menschlicher Ra-

tio ändern sich auch die Annahmen (wirtschafts-)politischer Interventionen. Neben Thaler und Sunsteins Konzept entwickelte sich nahezu parallel die Idee des „asymmetrical paternalism“ (Camerer *et al.* 2003), die ebenso auf den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie basiert. Allgemein lässt Paternalismus sich als Eingriff in die Handlungsfreiheit eines Individuums, – ohne oder gegen dessen Willen – um dessen Wohl zu steigern, definieren (Fateh-Moghadam & Gutmann 2014: 384). Dabei variieren jedoch Härte und Ausmaß des Eingriffs. Es wird unterschieden zwischen „hartem Paternalismus“ (eng: „hard paternalism“), welcher sich nicht an der Autonomie des Individuums orientiert, sondern eine weitreichende Einschränkung seiner Freiheit für legitim hält, und „weichem Paternalismus“ (eng: „soft paternalism“), welcher die Entscheidungsfreiheit und Autonomie des Individuums anerkennt und diese bewahren möchte (ebd.: 385). Thaler und Sunstein (2009: 15) selbst beschreiben ihr Konzept als „weichen und unaufdringlichen Paternalismus“.

Doch was zeichnet Thaler und Sunsteins Libertären Paternalismus aus? Ausgangspunkt ihrer Argumentation ist die Annahme, dass „Menschen in vielen Situationen ziemlich schlechte Entscheidungen treffen“ (2009: 15). Entscheidungen, die sie wahrscheinlich nicht getroffen hätten, hätten sie volle Aufmerksamkeit auf die Entscheidung verwendet, wären umfassend informiert gewesen und hätten unbegrenzte kognitive Leistungen sowie absolute Selbstkontrolle besessen (ebd.). Ausgehend von diesen begrenzten Entscheidungsfähigkeiten befürworten sie eine ‚weiche‘ Form des Paternalismus durch Entscheidungsarchitekten.

„Paternalismus ist deshalb wichtig, weil es unserer Überzeugung nach für Entscheidungsarchitekten legitim ist, das Verhalten der Menschen zu beeinflussen, um ihr Leben länger, gesünder und besser zu machen.“ (ebd.)

Deklariertes Ziel der Libertären Paternalisten ist es also, durch gezieltes Nudging ‚bessere‘ Entscheidungen anzuschubsen, sodass „sie [die Entscheider] hinterher besser dastehen – und zwar gemessen an ihren eigenen Maßstäben“ (ebd.).

Ein weiteres Argument für eine paternalistische Steuerung erwächst nach Thaler und Sunstein aus den Einsichten der Verhaltensökonomie. Da Entscheidungsarchitekturen in nahezu allen Fällen vorhanden sind – bestimmte Vorentscheidungen lassen sich nicht vermeiden – ist Paternalismus auf die eine oder andere Weise unvermeidlich. Und so stellen Thaler und Sunstein (ebd.: 20-21) die (rhetorische) Frage, welche Alternative es dazu gibt, Menschen in die für sie beste Richtung zu nudgen .

Als ‚weicher‘ Paternalismus ist es jedoch erklärt Ziel des libertären Paternalismus, „Politikrichtlinien zu entwerfen, die die Entscheidungsfreiheit erhalten oder sogar vergrößern“ (ebd.:

14). Das ist der libertäre, der freiheitsbewahrende Aspekt des Konzepts. Entscheidungsmöglichkeiten sollen durch diese Form des Paternalismus nicht eingeschränkt und einzelne Optionen nicht durch besonders schwere Auflagen beschränkt werden. Zentral für die libertären Paternalisten ist die Möglichkeit sich *anders* zu entscheiden:

„The libertarian aspect of our strategies lies in the straight-forward insistence that, in general, people should be free to opt out of specified arrangements if they choose to do so (...) Libertarians should be free to choose. Hence we do not aim to defend any approach that blocks individual choices.“ (Thaler und Sunstein 2003: 1161)

Im Konzept des Libertären Paternalismus lassen sich wie dargelegt paternalistische Elemente wiederfinden, wobei gleichzeitig der Schutz der individuellen Entscheidung betont wird. Um es noch einmal mit Thaler und Sunsteins Worten zu sagen:

„Libertarian paternalism – [as] an approach that preserves freedom of choice but that encourages both private and public institutions to steer people in directions that will promote their welfare.“ (Thaler und Sunstein 2003: 1201)

Mit dem Konzept des Libertären Paternalismus versuchen Thaler und Sunstein alternative Optionen für Policies zu entwickeln. Dabei stellen sie diese Form des Paternalismus als „echten Dritten Weg“ zwischen staatlicher Regulation und dogmatischem *Laissez-faire* vor. Jones et al. (2011) attestieren ihnen einen „ideologischen Pragmatismus“, der sehr stark an New Labours ‚Third Way‘ Ideen und die spätere Regierungszeit Tony Blairs erinnere (ebd.: 485). Ungeachtet Thaler und Sunsteins Bemühungen, die ideologischen Lager zu versöhnen (2009: 27), stießen sie teils auf heftige Kritik.

3.1. Libertäre Kritik

Obwohl Sunstein und Thaler und auch andere Verhaltensökonomien immer wieder betonten, dass Nudging dem Schutz der Freiheit diene, wurde das Konzept des Libertären Paternalismus vor allem von Seiten der Libertären stark kritisiert.

In der Ablehnung aller Formen staatlicher Intervention scheint es nicht verwunderlich, dass Libertäre auch jegliche Formen eines ‚weichen‘ Paternalismus negativ bewerten.

Nudging sei ein weiterer Schritt in Richtung „big government“ (The Economist 2006), da es technokratisch und eine top-down Technologie des Regierens sei (Legget 2014: 8). Auch der Vorwurf der Manipulation findet häufig Erwähnung. Durch Nudging manipuliere der Staat das Unterbewusstsein und mische sich in die intimsten Lebensbereiche ein (Horton 2009).

Von „Nanny-Staat“, „Psychotricks“ und „hinterhältiger Gängelei“ durch den Staat ist die Rede (Welt 2015).

Eine komplexere Kritik bieten Autoren wie Whitehead (2011) und Sugden (2009). Diese richten den Fokus auf die verhaltensökonomischen Grundlagen von Thaler und Sunstein und hinterfragen die Rolle der Choice Architekten. Vor allem mangelt es an Transparenz und Kontrolle der Entscheidungsarchitekten (Whitehead *et al.* 2011). Nach welchen Kriterien sollen Nudges eingesetzt werden? Wer überprüft die Entscheidungsarchitekten? Welche Rolle spielt die Fehlbarkeit der ‚humans‘? Experten als Entscheidungsarchitekten neigen genauso wie die ‚Humans‘ zu Trägheit, Fehlbarkeit und Impulsivität (Whitehead *et al.* 2011). Entsprechend dem lateinischen Sinnspruch *Qui custodiet ipsos custodes?* ließe sich also fragen *Who nudges the nudgers?*

Daran anschließen ließe sich Hayeks Kritik staatlicher Planung. Zentrale Steuerung und Planung sei epistemologisch nicht möglich und normativ falsch. Zentrale Planung durch den Staat verfüge im Vergleich zum dezentralen Wettbewerb des Marktes nicht über die Möglichkeit, dezentral vorhandene Informationen zu nutzen und *könne* daher gar nicht wissen, was gut für den Einzelnen ist (Hayek 1980).

Von dieser kritischen Rezeption ausgehend ist es jedoch umso verwunderlicher, dass das libertäre, „anti-Staat“ Kabinett von David Cameron trotz dieser Kritikpunkte den Einsatz von Nudging befürwortete (Leggett 2014: 8).

3.2. Etablistische Kritik

Auf der anderen Seite des ideologischen Spektrums stehen eine Reihe von Autoren (Wells 2010; Jones *et al.* 2011; Fitzpatrick 2011; King 2015), die die Idee des Libertären Paternalismus als „Dritten Weg“ ablehnen und Thaler und Sunsteins Programmschrift vor allem als marktliberal und staatsfeindlich kritisieren.

Zentrales Ziel des Libertären Paternalismus sei es primär die individuelle Entscheidungs- und Handlungsfreiheit zu bewahren. Es gehe es also nicht, so wie Thaler und Sunstein (2009: 19) behaupten, darum, „viele der großen Probleme unserer Gesellschaft zu lösen“, sondern vor allem darum, das Individuum so wenig wie möglich zu belasten. Niemand habe eine Steigerung der Kosten zu befürchten – „sie belasten den Steuerzahler in keiner Weise“ (ebd.: 26). Ein ‚nudgender‘ Staat sei also grundsätzlich ein schlankerer Staat, resümiert Wells (2010: 114).

Auch wenn Thaler und Sunsteins Konzept darauf zielt, die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen, sollen die Kosten für die Stärksten der Gesellschaft bei nahe

Null liegen (2009: 327). Übertragen auf gesellschaftspolitische Gestaltung bedeutet das, dass Ungleichheit und Vermögensverteilung durch libertären Paternalismus nahezu unangetastet bleiben (Jones *et al.* 2011; Wells 2014).

King (2015) zufolge seien Nudges einfach nicht so effektiv wie staatliche Regulierung und (Be-)Steuerung. Auch wenn Nudges nicht grundsätzlich abzulehnen seien, bedürfen bestimmte Politikfelder ‚harten‘ paternalistischen Eingriffen (2015: 3). Um die Gefahr zu vermeiden, dass die ‚(Neo-)liberalen‘ Nudges dazu ‚missbrauchen‘ würden, um Besteuerung und Regulierung der Wirtschaft zu entgehen, sollten Nudges nur in Ausnahmefällen verwendet werden (ebd.:2).

In summa sehen viele Kritiker im Libertären Paternalismus einen neuen Versuch, die Ausbreitung des Neoliberalismus voranzutreiben. Thaler und Sunstein neigten in *Nudge* grundsätzlich eher zu markt-liberalen als zu egalitären Projekten (Fitzpatrick 2011). Dabei ist den Autoren in ihrer Kritik am Libertären Paternalismus eines gemein: ihre Perspektive auf den Neoliberalismus. Dieser wird als eine Freie-Markt-Ideologie oder als politisch-ökonomische Realität gedacht. In dieser Arbeit soll Nudging hingegen im Kontext neoliberaler Gouvernementalität untersucht werden.

4. Gouvernementalität

Mit dem Begriff der Gouvernementalität stellte Michel Foucault seine neue „Forschungsrichtung“ (Foucault 1988: 66) im Rahmen der Vorlesung von 1978 und 1979 am Collège de France vor. In den Vorlesungen rekonstruierte Foucault die Genealogie des modernen Staates von der griechischen Antike bis in die Gegenwart – um genauer zu sein: bis zum zeitgenössischen Neoliberalismus. Die Geschichte der Gouvernementalität ist dabei bestrebt, die historischen und diskontinuierlichen Regierungskünste der jeweiligen Zeit zu analysieren:

„Ich wollte die Regierungskunst studieren, d.h. die reflektierte Weise, wie man am besten regiert, und zugleich auch das Nachdenken über die bestmögliche Regierungsweise (...).“ (Foucault 2004: 14)

Im Zentrum von Foucaults Untersuchungen steht folglich der Begriff der ‚Regierung‘, der zum ‚Leitfaden‘ (Foucault 1994: 719) für seine Machtanalyse wird und dabei zentral für die Verbindung von Herrschafts- und Selbsttechnologien ist.

Obwohl Foucaults Untersuchungen der Gouvernementalität eher fragmentarisch blieben (Lemke 2000: 17) und seine Vorlesungen aus den Jahren 1978 und 1979 relativ spät veröf-

fentlicht wurden, entwickelte sich spätestens ab Ende der 1990er Jahre eine an Foucaults Studien zur „Gouvermentalisation des Staates“ (Foucault 2000: 65) anknüpfende, eigene Forschungsrichtung: die *Governmentality Studies* (Sennelart 2004: 489). Mit dem programmatischen Sammelband *The Foucault Effect. Studies in Governmentality* von Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller (1991) entstand eine Bewegung, deren thematische Bandbreite sich von der Versicherungsgesellschaft (Ewald 1993) bis hin zu Studien über neoliberalen Gewalt (Oksala 2011) erstreckt.⁵ Dabei sind die wenigsten dieser Studien genealogisch-historisch orientiert, sondern knüpfen primär an Foucaults methodisches Vorgehen an und benutzen dessen Analyse-Instrumente (Lemke 2000b: 18).

Um Nudging im Kontext einer Formierung neoliberaler Gouvernementalität zu untersuchen, greift auch diese Arbeit auf Foucaults analytische Konzepte zurück. Dabei ist eine Erläuterung der Konzepte der ‚Regierung‘ und ‚Rationalität‘ unerlässlich, weil diese im Begriff Gouvernementalität nicht nur semantisch und inhaltlich verschränkt sind, sondern auch tragende Konzepte darstellen. Da sich Foucault zufolge Regierung gemäß einer bestimmten Rationalität und durch den Einsatz bestimmter Technologien vollzieht, soll im folgenden Abschnitt auf die beiden Technologien des Regierens – Selbst- und Herrschaftstechnologien – eingegangen werden.

4.1. Regierung und Rationalität

In Foucaults Neologismus Gouvernementalität verschmelzen zwei für dieses Konzept zentrale Begriffe: Regierungsweise (*gouvernement*) und Denkweise (*mentalité*) zu ‚Regierungs(denk)stil‘ oder auch „governmental rationality“ (Gordon 1993: 1). Regierung im foucault’schen Sinne besitzt also immer eine doppelte Bedeutung: „ein System von Machtpraktiken und eine Ordnung des Wissens“ (Lessenich 2003a: 82). Gouvernementalität verbindet also die Analyse staatlicher Regierungspraktiken mit der Analyse der Reflexionen über diese Praktiken.

Foucault greift bei seiner Verwendung des Begriffs ‚Regierung‘ auf den weiteren Bedeutungszusammenhang des Begriffs zurück, den er bis zum Ende des Mittelalters besaß. ‚Regierung‘ bezog sich in diesem Zeitraum nicht auf einen politischen Apparat oder eine Institution, sondern auf die *Führung* von Menschen allgemein (Lemke 2000: 10). Um die Differenz zwischen den Bedeutungen zu beschreiben, unterscheidet Foucault zwischen der ‚Regierung in ihrer politischen Form‘ für die zeitgenössische Verwendung des Begriffs und der ‚Problema-

⁵ Für einen Überblick über das umfangreiche Feld der *Governmentality Studies* siehe Dean (1999) oder Lemke (2000).

tik des Regierens im Allgemeinen“ für die Verwendung des Begriffs bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts (Foucault 2000: 42). Diese begriffliche Unterscheidung erlaubt es, „Regierung“ in einem weiteren Kontext – jenseits einer exklusiv politischen Bedeutung – zu verstehen, der verschiedene Formen der Lenkung, Kontrolle und *Führung* von Individuen und Gruppen sowie verschiedene Formen der Selbstführung und Fremdführung umfasst (Foucault 2004b: 181-183). Politische Macht bedeutet für Foucault die „Führung der Führungen“ (Foucault 1994: 255), also die Anleitung von Verhaltensweisen, welche sowohl die Formen der Selbst- und Fremdführung umfassen.

Zum einen bezeichnet also „Regierung“ die Art zu Führen und zum anderen beschreibt „Regierung“ gleichzeitig auch ein „diskursives Feld der Rationalisierung dieser Führungspraktiken, eine Form der gedanklichen und kommunikativen Strukturierung von Realität“ (Lesenich 2003a: 82), die die Anwendung dieser ermöglicht. Foucaults genealogisch-historische Untersuchungen zielen darauf ab, herauszufinden, welchen Typ von Rationalität die Regierungspraktiken anwenden (Lemke 2000: 20). Politik und Wissen werden nicht einander gegenübergestellt, sondern als politisches Wissen begriffen (ebd.).

„Eine politische Rationalität ist Rationalität der Politik und nicht eine Reflexion der Politik. Das Interesse richtet sich auf das den Praktiken immanente Wissen, die Systematisierung und Rationalisierung einer Führung“ (ebd.)

Diese Relationalität zwischen Wissen und Praxis macht deutlich, dass es sich bei dieser Rationalität nicht um objektives Wissen handelt. Es ist keine Repräsentation der Realität, sondern eine bestimmte Konstruktion der Realität. Der Begriff der politischen Rationalität demonstriert, dass dieses Wissen weder natürlich noch objektiv, sondern selbst auch Teil der Machtverhältnisse ist (Lemke 2000: 21).

Im Rahmen der Geschichte der Gouvernementalität stehen insbesondere drei Formen von Regierungen im Fokus Foucaults: Staatsräson, die „Policey“ und der Liberalismus. Es geht dabei jedoch weniger um ein Phasenmodell hin zum modernen Staat, sondern vielmehr möchte Foucault die Diskontinuität und Differenz verschiedener Technologien der Macht zeigen: Recht, Disziplin und Sicherheitstechniken (ebd.: 13).

Die erste politische Rationalität, die Foucault identifiziert, ist die Staatsräson, die sich selbst ihre eigenen Prinzipien schaffen muss. Nicht mehr natürliche oder göttliche Gesetze werden zum Maßstab von Regierungspraktiken, sondern der Staat selbst (Foucault 2004: 17).

„Der Staat ist eine spezifische und unzusammenhängende Wirklichkeit. Der Staat existiert nur für sich selbst und in bezug (sic!), was auch immer das System des Gehorsams

sei, das er anderen System wie der Natur oder Gott verdankt. Der Staat existiert nur durch sich selbst und für sich selbst (...)" (Foucault 2004: 17-18)

Entsprechend ist es das einzige Ziel der Staatsräson, die Erhaltung des Staates und dessen Machtsteigerung zu gewährleisten. Die „Policey“ bzw. der Polizeistaat stellt sich der Problematik, wie die (innere) Ordnung herzustellen ist. Durch Regelung und Disziplinierung, also durch Überwachung und Bestrafung der Individuen, möchte „Policey“ dies gewährleisten (Lessenich 2003a: 82). Interventionen in jeglichen Lebensräumen sind Bestandteil der Technologie der „Policey“-Regierung. Gegen diese Form des Interventionismus wendet sich der Liberalismus, dessen Ziel es ist – im Gegensatz zu Staatsräson und „Policey“ – „von innen her die Ausübung der Regierungsmacht zu begrenzen“ (Foucault 2004: 49). Die Herstellung einer „als existierend („natürlich“) behaupteten und beschriebenen, doch zuallererst politisch herzustellenden Freiheit“ (Lessenich 2003a: 82-83) ist primäre Aufgabe des Liberalismus. Dem „Prinzip der Weniger-Regierung“ (Lemke 1997: 184) zufolgen, bedeutet jedoch nicht eine Reduktion staatlicher Macht. Freiheitsproduktion und Freiheitsbedrohung sind gleichursprünglich (Lessenich 2003a: 82) und deswegen ist die Herstellung von „Sicherheitsdispositiven“ (2004b: 90) notwendig, die den Schutz dieser hergestellten Freiheit garantieren sollen. Bestimmte Grenzen der Freiheit sollen nicht überschritten werden:

„Das heißtt, dass man Sicherheitsmechanismen einrichten muß. Die Mechanismen der Sicherheit oder der Intervention des Staates, deren wesentliche Funktion es ist, die Sicherheit dieser natürlichen Phänomene, welche die Wirtschaftsprozesse oder für die Bevölkerung wesentliche Prozesse sind, zu garantieren: Das wird das Hauptziel von Gouvernementalität sein.“ (Foucault 2004b: 506)

Foucaults genealogische Untersuchungen zeigen die Diskontinuität der Machttechnologien und Rationalitäten während unterschiedlicher Regierungsphasen. Innerhalb dieser Diskontinuitäten ermöglicht Foucaults Gouvernementalitätsperspektive die Art und Weise zu analysieren, wie Regierungstechniken auf Individuen wirken.

4.2. Herrschafts- und Selbsttechnologien

Der „Regierungs“-Begriff verbindet nicht nur systematisch bestimmte Regierungspraktiken mit spezifischen Rationalitäten, er wirkt auch als Scharnier zwischen Herrschaftspraktiken und Prozessen der Subjektivierung. Foucault versucht in seiner Geschichte der Gouvernementalität nicht nur die Genealogie moderner Staatlichkeit nachzuzeichnen, sondern ist bemüht,

eine gemeinsame Genealogie des modernen Staates und moderner Subjektivität zu zeigen – eine „Ko-Formierung von modernem souveränen Staat und modernem autonomen Subjekt.“ (Lemke 2000b: 33)

Foucaults Regierungsbegriff von „Führen der Führungen“ ist reflexiv, d.h. wenn man über Regierung spricht, muss man auch über das zu regierende Subjekt sprechen.

„Vielleicht eignet sich der Begriff der Führung gerade kraft seines Doppelsinns so gut dazu, das Spezifische an den Machtverhältnissen zu erfassen. Führung ist zugleich die Tätigkeit des ‚Anführrens‘ anderer (...) und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld der Möglichkeiten. Machtausübung besteht im ‚Führen der Führungen‘ und die Schaffung der Wahrscheinlichkeiten.“ (Foucault 1987: 255)

Nicht nur Zwang, sondern auch ‚Freiheit‘ und Konsens werden Teile von Foucaults Untersuchung der Machtverhältnisse (Lemke 2000: 28). Die zu regierenden Individuen sind im Sinne der Relationalität von Regierung „nicht nur Applikationsgegenstand von Regierungstechnologien“ (Biebricher 2012: 169), sondern besitzen auch selbst Regierungstechnologien. Die Gouvernementalitätsperspektive unterscheidet deswegen zwischen Herrschafts- und Selbsttechnologien. Herrschaftstechniken zielen auf die Steuerung des Verhaltens von Individuen, also auf ihre Unterwerfung ab (ebd.). Unter „Technologien des Selbst“ (Foucault: 1993a) versteht Foucault alle Formen der Selbstdurchführung. Diese umfassen mit Blick auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs ‚Regierung‘ Probleme der „Selbstbeherrschung, der Leitung der Familie und der Kinder, der Steuerung des Haushalts, der Lenkung der Seele etc.“ (Lemke 2000b: 33). Das Verhältnis von Herrschafts- und Selbsttechnologien ist für Foucault zentral für die Analyse der ausgeübten Machtverhältnisse:

„Let’s say: he has to take into account the interaction between those two types of techniques – the techniques of domination and the techniques of the self. (...) The contact point, where the individuals are driven by others is tied to the way they conduct themselves, is what we can call, I think, government. Governing people, in the broad meaning of the word, governing people is not a way to force to do what the governor wants: it always a versatile equilibrium with complementary and conflicts between techniques which assure coercion and processes which the self is constructed or modified by himself.“ (Foucault 1993b: 203-204)

Im foucault’schen Machtverständnis wird Regierung oder Führung nicht als Repression von Subjektivität verstanden, sondern auf deren (Selbst-)Produktion bezogen. Es geht um die

Kopplung von Selbsttechnologien und Regierungszielen. Dabei setzen Regierungen – und das gilt im Besonderen für Regierungen jüngeren Datums – bei der Konstruktion dieser Selbsttechnologien an und streben nach der „Konstituierung des zu regierenden Subjekts“ (Biebriicher 2012: 169). Regierungsmacht im Sinne Foucaults bedeutet Subjektivierungsmacht. Das Subjekt soll nicht durch Zwang beherrscht, sondern mitkonstituiert werden. Der Prozess der Subjektwerdung vollzieht sich im Zusammenspiel zwischen Herrschafts- und Selbsttechnologien (ebd.) und steht im Zentrum Foucaults Verständnis von Machtausübung.

Mit Blick auf Nudging stellen sich also zwei miteinander verknüpfte Fragen: Welche Rolle spielt Nudging bei der Produktion von Subjekten und nach welcher Rationalität werden sie dabei geformt? In der Annahme, dass diese Rationalität Teil einer neoliberalen Gouvernementalität ist, ist es entscheidend, unter Bezugnahme auf Foucaults genealogische Untersuchungen das Konzept des Neoliberalismus zu klären.

4.3. Neoliberalismus

Das Konzept des Neoliberalismus ist Diskussionsgegenstand unterschiedlichster Forschungsrichtungen. Dabei reicht das gegenwärtige Feld der Neoliberalismusforschung von kritisch-geographischen Studien (Pykett, Whitehead, Jones) über neo-marxistische (Harvey), ideengeschichtliche Arbeiten (Mirowski und Plewhe) bis hin zu eher strukturalistischen Analysen (Peck und Tickell) und poststrukturalistischen Ansätzen (Dean, Lemke, Bröckling).⁶ Michel Foucaults Spätwerk bildete den Ausgangspunkt für die *Governmentality Studies*, die wechselseitige Subjektivierungsprozesse und die Kopplung von Machttechniken mit Wissensformen zum Schwerpunkt der Untersuchungen des Neoliberalismus machen (Lemke 2000b: 31).

Foucaults Gouvernementalitätsperspektive erlaubt es, den Neoliberalismus nicht nur als politische Ideologie oder politisch-ökonomische Realität zu begreifen, sondern als eine spezifische Rationalität des Regierens. Dadurch wird eine breitere – weniger ökonomische – Perspektive auf den Neoliberalismus entwickelt, die die Komplexität und Vielschichtigkeit des Neoliberalismus berücksichtigt. Sie liefert die Möglichkeit, eine systematische, tiefgreifende Kritik des Neoliberalismus zu entwickeln, ohne in die dogmatische Kritik linker Politik zu verfallen, die oftmals dem Irrglauben der Kongruenz neoliberaler Rhetorik und Realität aufliegt.

Das Bild des Neoliberalismus als „mythischer Feind“ der Linken (Dean 2014: 154) umfasst alles von Marktradikalismus und Freier-Markt-Ideologie über Anti-Etatismus bis hin zu neuen, verschiedenen Formen des Public Managements. Diese inflationäre Verwendung des Neo-

⁶ Die hier genannten Autoren stehen jeweils nur exemplarisch für ihre Forschungsschwerpunkte.

liberalismusbegriffs verschleiert dabei oft dessen tatsächliche Wirkweisen. Die Annahme, dass der Kern der neoliberalen Idee darin liege, die Aufgabe des Staates soweit wie möglich zu reduzieren und an den vermeintlich überlegenen – weil durch das Prinzip des Wettbewerbs effizienteren – privaten Sektor zu übergeben, wird durch Foucaults Analyse des Neoliberalismus als gouvernementale Rationalität grundlegend in Frage gestellt. Neoliberalismus wird dabei nicht nur als Ideologie – weniger Staat, mehr Markt – begriffen, sondern vielmehr als ein politisches Projekt, dessen Ziel es ist, eine „soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt“ (Lemke 2000: 9).

Die theoretische Stärke des Konzepts liegt darin, dass es erlaubt, das „neolibrale Programm des ‚Rückzug des Staates‘ als eine Regierungstechnik zu dechiffrieren“ (Lemke 2000: 39). Die antithetische Gegenüberstellung von Staat und Neoliberalismus (Oksala 2011: 476) wird aufgehoben. Der Rückzug des Staates führt nicht zu einer Abwesenheit von Regierung, da der Staat nach Foucault selbst eine Regierungstechnik darstellt – „eine dynamische Form und historische Stabilisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse“ (Lemke 2000: 58).

Der deutsche Ordoliberalismus und die marktradikale „Chicago School“ dienen Foucault als Beispiele, um die „wirtschaftsdogmatische Universalisierung des Marktmechanismus zum umfassenden regulativen Prinzip staatlicher Intervention und gesellschaftlicher Beziehungen“ (Lessenich 2003a: 80) zu skizzieren.

Um diese Entwicklung zu verdeutlichen, untersuchte Foucault (2004) in seinen Vorlesungen den Wandel vom klassischen Liberalismus hin zum Neoliberalismus. Dabei ging es Foucault vor allem darum, den Unterschied zwischen diesen beiden kenntlich zu machen, um das Konzept des Neoliberalismus zu verstehen,

Neoliberalismus war nicht nur eine ‚Neuaufage‘ des klassischen Liberalismus nach den totalitären Herrschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern bedeutete vielmehr einen grundlegenden Wandel der politischen Ontologie innerhalb des Liberalismus: Eine Abkehr vom *Naturalismus* des klassischen Liberalismus hin zu einer Form des *Anti-Naturalismus* des Neoliberalismus (Hindess 1993).

Am deutlichsten zeigt sich dieser Wandel an dem jeweiligen Verständnis der Marktmechanismen. Das Ideal der Handels- und Tauschgesellschaft des klassischen Liberalismus im 18. Jahrhunderts basierte auf den natürlichen Mechanismen des Marktes, die Adam Smith (1999) als „the invisible hand“ charakterisierte. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes sorge dafür, dass alle Marktteilnehmer profitierten, wenn sie ausschließlich ihrem eigenen Nutzen folgten (Biebricher 2012: 227). Der Markt werde dann diese verschiedenen Eigeninteressen der Marktteilnehmer harmonisieren und sich so selbst regulieren. Im Ergebnis werde der freie

Markt die richtigen Preise bestimmen, die richtigen Preise wiederum zu einer korrekten Ressourcenverteilung führen und so die Effizienz und Stabilität des Marktes sicherstellen (Smith 1999).

Für neoliberalen Denker wie Hayek oder Friedman ist weniger Handel und Tausch das wichtigste Prinzip des Marktes, sondern vielmehr Wettbewerb. Nur mit Hilfe eines uneingeschränkten Wettbewerbs ist es möglich, ökonomische Rationalität herzustellen. Im Gegensatz zum klassischen Liberalismus verstanden und verstehen die Neoliberalen den Wettbewerb nicht als natürliche Gegebenheit. Das Fundament für den Wettbewerb sollte durch staatliche Intervention geschaffen werden. Neoliberalismus sollte daher nicht als *laissez-faire*, sondern als „intervenierender Liberalismus“ verstanden werden. Um vollständigen Wettbewerb herzustellen, sollte überall interveniert werden: „Planung war nötig; aber es sollte Planung für den Wettbewerb, nicht anstatt dessen sein“ (Oksala 2011: 478). Um es mit Hayeks Worten zu sagen:

„Probably nothing has done so much harm to the liberal cause as the insistence (...) on (...) the principle *laissez-faire* (...). The liberal argument in favour of making the best possible use of the force of competition as a means of co-ordinating human efforts, not an argument for leaving things as they are. It is based on the conviction that where effective competition can be created, it is a better way of guiding individual effort than any other.“ (Hayek 1980: 13, 27)

Die ontologische Wende im Liberalismus führte zu einem Wandel im Verhältnis zwischen Staat und Markt. Ersterer ist für die Funktionsweise des Letzteren entscheidend. Nur durch ständige Interventionen kann sichergestellt werden, dass die Regeln des Wettbewerbs, auf denen der Markt basiert, eingehalten werden (Foster *et al.* 2014). Neoliberal Gouvernementalität lehnt folglich Interventionen nicht ab, sondern verschiebt lediglich deren Ziele und Einsatzsphären:

„Neoliberal governmental intervention was no less dense, frequent, active and continuous than any other system of governmental rationality. Only the domains and methods of governmental interventions were new.“ (Oksala 2011: 479)

Ziele dieser Interventionen des Staates sind die „Transformationen seiner (...) Bürger“ (Lesenich 2003a: 90). Denn nicht der Markt selbst, d.h. die Mechanismen des Marktes, bestimmen dessen Funktionsweise, sondern das rationale bzw. irrationale Handeln seiner Akteure, also der Bürger.

Neoliberalismus, wie ihn diese Arbeit versteht, kann als eine Form des „advanced liberalism“ (Rose 1992), eines – für den Markt und Wettbewerb – intervenierenden Liberalismus gedeutet werden, der sich durch direkte Eingriffe und indirekte Techniken der Selbstführung kennzeichnet und die Individuen zu verantwortlichen und rationalen Akteuren anleitet.

Aus der Gouvernementalitätsperspektive betrachtet bedeutet Neoliberalismus nicht den „Rückzug des Staates“, sondern die „Transformation des Politischen, welche die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse systematisch re-strukturiert“ (Lemke 2000: 26). Die Abwesenheit von staatlicher Intervention und Regulation bleibt lediglich eine neoliberalen Suggestion.

„*Economics thus becomes an approach capable in principle of addressing to totality of human behaviour and (...) of governmental action (...) Economic government joins hand with behaviourism*“ (Gordon 1991: 43)

5. Nudging als Technologie neoliberaler Gouvernementalität

In Anknüpfung an Foucaults Konzeptualisierung von neoliberaler Regierung möchte diese Arbeit untersuchen, ob es sich bei dem Libertären Paternalismus um eine Form neoliberaler Gouvernementalität handelt und Nudging als dessen Technologie verstanden werden kann.

Die analytische Stärke der *Governmentality Studies* für die Untersuchung neoliberaler Regierungs- und Steuerungsmodi folgt aus zwei Schwerpunktsetzungen:

„(...) zum einen auf die Verbindungen zwischen abstrakten politischen Rationalitäten und den empirischen Mikrotechniken des Alltags und zum anderen auf ein Kontinuum von Selbst- und Fremdführungen, das von der politischen Regierung des Staates bis zu Formen von Selbstregierung reicht.“ (Lemke 2000b: 32)

Aufbauend auf diesen Forschungsstrategien soll Libertärer Paternalismus und Nudging in drei Schritten im Hinblick auf neutrale Gouvernementalität problematisiert werden: *Erstens*, Libertären Paternalismus als politische Strategie, die den Markt de-politisiert, zu verstehen. *Zweitens*, Nudging als zentrales Element bei der Konstruktion des neoliberalen Subjekts – des *Homo oeconomicus* – zu beschreiben. *Drittens*, zu dechiffrieren, dass politischen Forderungen des Libertären Paternalismus als Sicherheitsdispositive neoliberaler Regierung dienen.

5.1. Die De-politisierung des Marktes

Der Markt ist zentrales Element neoliberaler Gouvernementalität. Dabei geht es jedoch nicht lediglich – wie neoliberaler Rhetorik suggeriert – darum, staatliche Interventionen im Markt zu verhindern. Die Regeln des Marktes sollen zu den Maximen für staatliches und individuelles Handeln transformiert werden. Ziel dabei ist die „Universalisierung des Wettbewerbs“ (Lemke 2000: 16), die eine „Erfindung marktkonformiger [sic!] Handlungssysteme für Individuen, Gruppen und Institutionen“ (ebd.) ermöglicht. Um ‚gut‘ zu regieren soll der Staat als eine „Art Unternehmen selbst“ handeln und für das „Spiel des Marktwettbewerbs“ sorgen (Burchell 1993: 274).

„Wir haben also eine Art vollständiger Überschneidung der Marktmechanismen, die auf den Wettbewerb und die Regierungspolitik abgestimmt sind. Die Regierung muss die Marktwirtschaft von vorne bis hinten begleiten. Die Marktwirtschaft nimmt der Regierung nichts weg. Im Gegenteil zeigt sie an, sie stellt eine allgemeine Anzeige dar, nach der man die Regeln ausrichten soll, die alle Handlungen der Regierung bestimmen soll, die alle Handlungen der Regierung bestimmen wird. Man soll *für* [Hervorhebung, JL] den Markt regieren, anstatt auf Veranlassung des Marktes zu regieren.“ (Foucault 2004: 174)

Die klassische Trennung und Rollenverteilung von Staat und Markt wird mit der Entwicklung vom klassischen Liberalismus zum Neoliberalismus auf den Kopf gestellt. Es geht nicht mehr darum, den Markt vor Eingriffen des Staates zu schützen. Der Markt wird vielmehr selbst zum bestimmenden Prinzip des Staates, wobei gleichzeitig letzterer für das Funktionieren des Marktes essentiell ist. Die Gouvernementalitätsperspektive zeigt, dass Trennung von Staat und Markt lediglich eine künstliche ist, und dass beide Sphären als Einheit verstanden werden sollten:

„Aufgrund dessen [...] kann die Beziehung zwischen einer Wettbewerbswirtschaft und einem Staat nicht mehr die Beziehung einer wechselseitigen Begrenzung verschiedener Bereiche sein. Es wird kein Spiel des Marktes geben, das man unbeeinflusst lassen soll, und dann einen Bereich, in dem der Staat zu intervenieren beginnen wird, weil eben der Markt oder der reine Wettbewerb, der das Wesen des Marktes ist, nur dann in Erscheinung treten kann, wenn er hergestellt wird, und zwar von einer aktiven Gouvernementalität.“ (Foucault 2004: 174)

Die Sphäre des Marktes lässt sich nicht mehr als eingegrenzter Bereich verstehen. Durch den Prozess einer „epistemologischen Verschiebung, die den Gegenstandsbereich des Ökonomischen systematisch und umfassend erweitert“ (Lemke 2000: 16), wird das Prinzip des Marktes zur Maßstab für menschliches Handeln *in toto*.

Die Argumentationslogik für die Vorschläge der Verhaltensökonomie ist dieselbe. Ziel ist das „Funktionieren von Märkten“ (Thaler und Sunstein 2009: 260). Um dieses zu garantieren und zu verbessern, soll das Marktprinzip *per se* dem politischen Diskurs entzogen werden.

Der „asymmetrische Paternalismus“ (Camerer *et al.* 2003: 1254) löse die Frage nach dem Verhältnis zwischen Markt und Staat von der polarisierten und politisierten Debatte um staatliche Intervention. Mit ihrem Konzept des Libertären Paternalismus möchten Thaler und Sunstein einen Mittelweg zwischen demokratischer und republikanischer Parteipolitik einschlagen und so den Konflikt um staatliche Intervention lösen: „Libertärer Paternalismus ist weder links noch rechts, weder demokratisch noch republikanisch. Wir hoffen deshalb sehr, dass beide (...) dazu bereit sind, zusammenzuarbeiten.“ (Thaler und Sunstein 2009: 26)

Ziel beider Ansätze ist die De-politisierung der politischen Frage nach staatlichen Eingriffen in die Sphäre des Marktes. De-politisierung als Technologie des Regierens ist zentral bei der Ausführung neoliberaler Gouvernementalität:

„(...) depoliticisation is a process inextricably bound up with the practice of government and the management of populations; it is an act which is central to the functioning of contemporary governmental rationality and one which has become an important tool for the operation of new forms of power and regulation essential to neo-liberal governmentality“ (Foster *et al.* 2014: 226)

Dabei lässt sich De-politisierung als ein Prozess verstehen, der den politischen Charakter von der Entscheidungsfindung löst (Burnham 2002). Verhaltensökonomische Ansätze für die Politik ermöglichen die De-politisierung staatlicher Marktintervention. Die Debatte um staatliche Beeinflussung und Intervention in wirtschaftliche Räume bestimmte seit dem Aufstieg des Kapitalismus – von Smith über Keynes bis zu heutigen Wirtschaftstheoretikern – die Diskussionen der (politischen) Ökonomie. Sie ist gleichzeitig definiert durch die Epistemologie ökonomischer Modelle als auch über das politische Verständnis der Rollenverteilung von Staat und Markt.

Indem Verhaltensökonomen die Frage nach staatlichen Interventionen dem politischen Diskurs entziehen, de-politisieren sie diese, d.h. der Entscheidungsprozess verliert seinen genuin politischen Charakter. Die Frage, ob ‚mehr oder weniger Staat‘, ist nicht mehr Teil des politi-

schen Diskurses. Das Prinzip des Marktes wird als einzige ‚wahre‘ Option wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Organisation dargestellt. Whitehead *et al* (2011: 2834) argumentieren, dass nicht mehr Parlamente über Interventionen debattieren und entscheiden. Nur noch die Entscheidungsarchitekten in den Nudge-Units entscheiden über den Einsatz von diesen mikro-invasive Interventionen. Der Kreis der Entscheider verschiebt sich von einem breiten politisch-öffentlichen Diskurs in den Bereich bürokratischer Eliten.

Eine weitere Facette dieser De-politisierung beschreiben Madra und Adman (2013). Die Verhaltensökonomie treibe als eine Technologie neoliberaler Gouvernementalität die De-politisierung durch eine „Ökonomisierung des Sozialen“ voran.

„The project of the economisation of the social, materialised either through the naturalisation of economic processes or technocratisation of their governance or both, entails its de-politicisation.“ (Madra und Adman 2013: 692)

Indem die Verhaltensökonomie als unideologischer und pragmatischer Mittelweg präsentiert wird, erscheint die ‚Logik des Marktes‘ als alternativlose Option.

Betrachtet man die theoretischen Annahmen der Verhaltensökonomie, lässt sich noch eine weitere Dimension der De-politisierung des Marktes identifizieren. Obwohl die Verhaltensökonomie viele Aspekte neoklassizistischer und neoliberaler Wirtschaftstheorien kritisiert, wird der Markt als „Ort der Wahrheitsbildung“ (Foucault 2004: 52) nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil, indem Entscheidungsarchitekten durch Nudging das Entscheidungsverhalten der Individuen hin zum ‚Besseren‘ beeinflussen, garantieren sie das „Funktionieren des Marktes.“ (Thaler und Sunstein 2009: 260) Das Problem ist die Irrationalität des Individuums, *nicht* die ‚Logik des Marktes‘. Die Verhaltensökonomie stellt *nicht* die Funktionsweise des Marktes in Frage, sondern ist bestrebt zu untersuchen, wie sich das Verhalten der Individuen von den Annahmen des Marktes unterscheidet.

„Behavioral economics problematizes *not* [Hervorhebung im Orginal] the market itself, only the assumptions made about the actors on the market, whose behavior is then measured against the truth of the market.“ (McMahon 2015: 146)

Sowohl die ökonomischen Annahmen der Verhaltensökonomie als auch die Dritte-Weg-Rhetorik von Thaler und Sunstein dienen einer De-politisierung des Marktes, dessen Umsetzung in zweierlei Hinsicht zentral für neutrale Gouvernementalität ist. Zum einen erfüllt es die Funktion, neutrale Rationalität herzustellen, indem es die Trennung zwischen den Sphären des Politischen und des Ökonomischen konstruiert, wobei letztere dominiert. Zum

anderen ermöglicht es die Generalisierung ökonomischer Form, die sowohl als ökonomisches Analyseprinzip für soziale Beziehungen und individuelles Verhalten fungiert (Foucault 2004: 334) als auch als „eine Art ökonomisches Tribunal“ (ebd.: 342), das es erlaubt, Regierungspraktiken anhand ökonomischer und marktbezogener Kategorien zu kritisieren.

Die Verhaltensökonomie, indem sie ihre Empfehlungen als technisch und unpolitisch präsentiert, de-politisiert eine zutiefst politische Frage und präsentiert den Markt als einzige wahre Alternative.

5.2. Konstruktion eines neuen *Homo oeconomicus*

Der *Homo oeconomicus* ist zentral für die Logik und Funktionsfähigkeit des Marktes. Als „inhaltliches Leitbild neoliberaler Subjektivität“ (Biebricher 2012: 172) treibt er die „Ökonomisierung“ (Bröckling, Krassmann, Lemke 2000) des Politischen und Sozialen voran und wird zum ‚Erfüllungsgehilfen‘ neoliberaler Gouvernementalität.

Foucault zufolge fällt die Formierung dieser Subjektivität mit der Entstehung des Ordo- und Neoliberalismus zusammen. Der Wandel vom klassischen Liberalismus hin zu einer ‚neuen‘ Form des Liberalismus wandelt die Gestalt des ‚ökonomischen Menschen‘: „Der *Homo oeconomicus*, den man *herstellen will* [Hervorhebung, JL], ist nicht der Mensch des Tauschs (...), sondern der Mensch des Unternehmens“ (Foucault 2004: 208). Er folgt dem Ideal einer „Unternehmensgesellschaft“ (ebd.), deren Entwicklung über die „Vervielfältigung der Unternehmensform innerhalb des Gesellschaftskörpers“ (ebd.: 210) erfolgen solle.

Diesem Imperativ folgend liefert Gary Becker (1982) mit seiner Humankapitaltheorie eine „ökonomische Erklärung menschlichen Verhaltens“, die Foucault als Kernelement neoliberaler Subjektivierungsmacht identifiziert. Anhand von Beckers Theorie beschreibt Foucault den *Homo oeconomicus* als „Unternehmer seiner selbst [...], der für sich selbst sein eigenes Kapital ist“ (Foucault 2004: 314) und so zum Vehikel gegenwärtiger neoliberaler Gouvernementalität zur Durchsetzung der neoliberalen Rationalität wird.

Der *Homo oeconomicus* ist jedoch nicht – so merkt auch Foucault an (2004: 349) – natürlicher Zustand jedes Individuums. Er ist ein, wenn auch ein programmatisches, zu vollendendes Modell. Das „unternehmerische Selbst“, wie Bröckling das liberale Subjekt beschreibt, „ist man nicht, man soll es werden“ (2002: 9). Diese Form der Selbstführung bedarf jedoch der (politischen) Fremdführung. Die Relationalität zwischen Selbst- und Fremdführung kennzeichnet Regierungsprogrammatik. Der *Homo oeconomicus* als zentraler Bezugspunkt neoliberalen Regierens: „Der *Homo oeconomicus* ist die Schnittstelle zwischen der Regierung und

dem Individuum“ (Foucault 2004: 344), ein Subjekt, das als solches „gouvernementalisierbar“ (ebd.) ist.

Doch wie vollzieht sich die Regierung des Libertären Paternalismus und welche Rolle spielt die Verhaltensökonomie bei der Produktion des *Homo oeconomicus*? Thaler und Sunstein beschreiben den Libertären Paternalismus als eine Regierungsform, die jede Wahlmöglichkeit offen lässt und kein bestimmtes Verhalten gesetzlich vorschreibt. Damit entspricht Libertärer Paternalismus dem foucault'schen Konzept von Regierung, die nicht die Unterdrückung von Subjektivität, sondern vielmehr deren „(Selbst-)Produktion“ forciert. Die Konzeption und Konstruktion von Selbsttechnologien werden an die Regierungsziele gekoppelt (Lemke 2000: 29). Auch für den Libertären Paternalismus bildet der *Homo oeconomicus* den regulativen Bezugspunkt.

Wie bereits beschrieben, stellen die Verhaltensökonomen die Annahmen über das Verhalten des *Homo oeconomicus* hinsichtlich seiner Rationalität in Frage. Sie untersuchen, wie sich das Verhalten des ‚Human‘ von dem des *Homo oeconomicus* in der Praxis unterscheidet und entwickeln infolge Nudges, um die ‚Humans‘ in die ‚richtige‘ Richtung zu schubsen. Ergo lehnen Verhaltensökonomen das Konzept des *Homo oeconomicus* nicht ab, sondern konstatieren, dass dieser in der Realität nicht existiert – ganz ähnlich Foucaults Diagnose.

Nudges sollen den ‚Humans‘ helfen, rationaler zu handeln, um sich so dem Verhalten der ‚Econs‘ anzunähern. Mit anderen Worten: „[Behavioral economics aims] to help make *Homo sapiens* behave as much as possible as *Homo economicus* would.“ (Davis 2011: 62)

Das Ziel des Nudging ist also nichts anderes als die Produktion bzw. die Umformung eines (neuen) *Homo oeconomicus*. McMaphon (2015: 149) hält fest: „Wenn der Markt das Individuum nicht reparieren kann, kann [neoliberal] Gouvernementalität das Individuum vielleicht für den Markt reparieren.“ Das Funktionieren des Marktes bedarf sozial-politischer Interventionen durch den Staat, um das irrationale Individuum zu einem rationalen ‚Marktteilnehmer‘ zu transformieren.

Im Vergleich zum foucault'schen Verständnis des Subjektivierungsprozesses erscheint Nudging als eine weiterentwickelte Technologie neoliberalen Regierens. Nudging erkennt die begrenzte Umsetzungskraft der ‚alten‘ Subjektivierungsmacht:

„Subjektivierungsregime konfrontieren den Einzelnen mit spezifischen Erwartungen, die er zurückweisen, zu unterlaufen oder einzulösen versucht, denen er aber niemals voll und ganz genügen kann.“ (Bröckling 2007: 28)

Das Scheitern ist für Foucault Bestandteil der Umsetzung von Rationalitäten. Nudging kalkuliert die Unzulänglichkeit des Subjekts ein und ist bestrebt es durch den richtigen „Schubs“ zum erwünschten Subjekt werden zu lassen.

5.3. Nudging als Sicherheitstechnologie

Der konstruierte *Homo oeconomicus* bedarf eines Rahmens, innerhalb dessen dieser regiert wird. Dabei ist (neo-)liberale Regierung – wie bereits angedeutet – nicht durch repressive Herrschaft und die Ausübung von Gewalt gekennzeichnet, sondern durch die Platzierung von Sicherheitsdispositiven.

Inneres Produktionsverhältnis ersetzt äußere Regulierung (Lemke 2004: 89). Neoliberaler Regierung operiert nicht, indem sie auf Handlungen von Akteuren einwirkt oder deren Handlungsoptionen direkt einschränkt (ebd.: 90). Es ist eher eine indirekte Steuerung von Handlungen:

„[Die Regierung] operiert auf dem Möglichkeitsfeld (...): sie stachelt an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt (...); aber stets handelt es sich um eine Weise des Einwirkens auf ein oder mehrere handelnde Subjekte, und das, sofern sie handeln oder zum Handel fähig sind. Ein Handeln auf Handlungen.“ (Foucault 1987: 225)

Diese künstlich geschaffene Handlungs- und Wahlfreiheit ist sowohl operationelle Grundlage (neo-)liberaler Regierung als auch gleichzeitig Anlass diese Freiheit zu kontrollieren: „Wie kann Handelsfreiheit (...) funktionieren, wenn man [sie] nicht kontrollierte, begrenzte (...)?“ (Foucault 2003a: 207 zitiert nach Lemke 2004: 90). Die Ermittlung der „Produktionskosten der Freiheit“ (Lemke 2004: 90) wird unerlässlich für neoliberales Regieren: Wie weit lassen sich Individualinteressen des *Homo oeconomicus* verfolgen, ohne dass diese eine strukturelle Gefahr für ein gesamtgesellschaftliches Interesse darstellen (ebd.)? Die Sicherung von Freiheit ist verbunden mit der Erweiterung und Vertiefung von Kontrollmechanismen.

Nudging spielt nicht nur eine Rolle bei der Konstruktion des *Homo oeconomicus*, sondern auch bei dessen Lenkung im Rahmen gesellschaftlicher Risiken. Im Sinne Foucaults kann Nudging als ein „Handeln auf Handlungen“ (Foucault 1987: 255) verstanden werden. Die Idee des Libertären Paternalismus, die Entscheidungsfreiheit des Individuums zu bewahren oder zu vergrößern (Thaler und Sunstein 2009: 14), entspricht dem Prinzip neoliberalen Regierens, Freiheit (künstlich) zu schaffen. Die Betonung der Freiheitrechte ist ein

wiederkehrendes Element in Thaler und Sunsteins Argumentation für eine Neugestaltung staatlicher Intervention. Gleichzeitig wird diese Handlungsfreiheit jedoch von paternalistischen Methoden umstellt. Methoden, die – ähnlich wie Foucaults Sicherheitstechnologien – indirekt, nicht bestimmte Handlungsoptionen ausschließend, auf die Entscheidung des Individuums wirken.

Doch mit welchen Zielen wird in die Freiheit des Individuums eingegriffen? Zum einen soll das Individuum im Sinne einer ökonomischen Rationalität handeln. Gleichzeitig dient es der Interpellation eines gesellschaftsverantwortlichen Subjekts: „Das Spezifikum der neoliberalen Rationalität liegt in der anvisierten Kongruenz zwischen einem verantwortlich-moralischen und einem rational-kalkulierenden Subjekt.“ (Lemke 2000b: 38) Mit dieser angestrebten Kongruenz soll die neoliberalen Strategie verfolgt werden, die Verantwortung für gesellschaftliche Risiken – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut etc. – auf kollektive oder individuelle Subjekte zu übertragen (ebd.). Rational zu handeln bedeutet in diesem Sinne nach ökonomischen Maßstäben, Kosten und Nutzen zu kalkulieren, und gleichzeitig eigenes Handeln an gesellschaftlicher Verträglichkeit zu messen.

Auch Thaler und Sunstein streben mit ihrem Libertären Paternalismus danach, sowohl ein rationales als auch ein ‚sozialverträgliches‘ Individuum zu erschaffen. Das Verhalten der Individuen soll durch Nudges beeinflusst werden, „um ihr Leben länger, gesünder und besser zu machen“ (Thaler und Sunstein 2009: 15). Dabei bedeutet ‚besser‘ für die beiden Autoren „besser – und zwar gemessen an ihren eigenen Maßstäben“ (ebd.) – ein Argument, das in unterschiedlicher Form in *Nudge* wiederholt wird. Der Maßstab für ‚besseres‘ Handeln richtet sich nach Thaler und Sunstein ausschließlich an eigenen Individualinteressen. Betrachtet man jedoch die Anwendungsfelder, die Verhaltensökonomen vorschlagen, erscheinen diese primär als Präventionsmaßnahmen für gesellschaftliche Risiken: Gesundheitsoptimierung als Vorsorge für Versicherungssysteme, private Vorsorge gegen Altersarmut, Aktivierung von Arbeitslosen zur Entlastung der Sozialversicherungssysteme.

Diese Nudges besitzen so zum einen volkswirtschaftliche Effekte, deren Interpretation einem neoliberalen Austeritätsgebot – verbunden mit der Kürzung von Sozialleistungen – folgt, zum anderen schaffen sie als Sicherheitstechnologie eine ‚autonome‘ Subjektivität als gesellschaftliches Leitbild, das Selbstverantwortung für das eigene Leben und damit verbunden Verantwortung für die Gesellschaft an „betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen“ (Lemke 2000: 30) misst. „Besser – und zwar gemessen an ihren eigenen Maßstäben“ lässt sich als Scheinargument dechiffrieren, das

lediglich der Anrufung des ‚sozialverträglichen‘ Subjekts dient. Nudging kann folglich als eine Sicherheitstechnologie neoliberaler Gouvernementalität verstanden werden.

5.4. Neoliberal oder neosozial?

Lässt sich also die These bestätigen, dass es sich bei Nudging um eine Technologie und Rationalität einer ‚neoliberalen‘ Gouvernementalität handelt? Oder geht Nudging in seiner Wirkweise über dieses Verständnis hinaus? Besonders der dritte Untersuchungspunkt – aber auch die Konstruktion des *Homo oeconomicus* – wirft die Frage auf, ob die Charakterisierung von Nudging und Libertärem Paternalismus als ‚neolibrale‘ Gouvernementalität ausreichend und zufriedenstellend ist.

Dass die De-politisierung des Marktes als eine neolibrale Technologie verstanden werden kann, ist unstrittig. Der Markt, als „Ort der Wahrheitsfindung“ (Foucault 2004: 52), spielt in jeder Konfiguration des (Neo-)liberalismus eine zentrale Rolle. Von ihm aus wird stets das ganze System gedacht. Er bildet den Bezugspunkt für politische und gesellschaftliche Gestaltung.

Auch hinsichtlich der Rolle des *Homo oeconomicus* für den Neoliberalismus sind sich die meisten Autoren – vor allem innerhalb der *Governmentality Studies* (Bröckling 2000; Lemke 2000; Gordon 1991) – einig. Als Subjektivierungsfigur, die „gouvernementalisierbar“ (Foucault 2004: 314) ist, dient der *Homo oeconomicus* als Vehikel neoliberaler Regierung. Betrachtet man jedoch den ‚Econ‘ und dessen Handlungsmaximen, die Thaler und Sunstein in *Nudge* entwerfen, lässt sich fragen, ob die Charakterisierung als „Unternehmer seiner Selbst“ (ebd.) ausreichend ist. Natürlich sollen die ‚Humans‘ durch Nudges rationaler handeln, doch bemisst sich ihre Rationalität nicht ausschließlich daran, ob sie innerhalb des ‚Marktes‘ rationale Entscheidungen treffen. Die eingeforderte bzw. ‚angeschubste‘ Rationalität hat einen weiteren Fixpunkt: die Gesellschaft.

Verdeutlicht wird dies an der Funktionsweise der Sicherheitstechnologien. Durch das von Thaler und Sunstein geforderte Nudging-Programm sollen „ökonomische“ und „moralische“ Subjekte (Lemke 2000: 38) geschaffen werden. Die Handlungsorientierung ist dabei laut Lessenich (2003a: 87) sowohl eine ökonomisch-rationale als auch eine moralisch-soziale:

„Eigenverantwortung, private Vorsorge, selbstdärtige Prävention – sämtliche Varianten der Optimierung der eigenen Sicherheit sind im Rahmen dieser Programmatik zugleich Zeichen persönlicher Autonomie und Ausweis sozialer Verantwortlichkeit, gehorchen gleichermaßen einer individuellen wie einer gesellschaftlichen Rationalität“

Diese gleichzeitige Fixierung auf Individuum und Gesellschaft lässt die „doppelte Ambivalenz“ (ebd.: 91) des neoliberalen Programms deutlich werden. Diese doppelte Responsibilisierung durch Nudging, also die Forderung, als rationale Marktteilnehmer im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Interesses zu handeln, geht über die Marktzentrierung des Neoliberalismus hinaus. Um diese Verschränkung sowie die regulative Dichte deutlich zu machen, empfiehlt Lessenich (2003a: 81, 91) die Verwendung des Begriffs „neosozial“ anstatt neoliberal. Lessenich folgt damit Lemkes Lesart von Foucault, die das neoliberalen Dogma eines schlanken Staates als eine Regierungstechnik dechiffriert (Lemke 2000: 39) und sozialpolitische Regulierung als Teil neoliberalen Regierens versteht. Mit dem Begriff des „Neosozialen“ impliziert Lessenich (2003a: 91) die „faktische Herrschaft des Sozialen“. Das „neosoziale“ Programm kreist um einen reformierten Wohlfahrtskapitalismus, der „das Soziale in und an der Marktwirtschaft neu definiert“ (ebd.). Gerade mit der Umschreibung eines aktivierenden Sozialstaates (ebd.) und der Entwicklung hin zu einer „Aktivgesellschaft“ (Lessenich 2003b) lassen sich die sozialpolitischen Dimensionen von Nudging umreißen.

Lessenichs Konzepte, die sich unter dem Begriff des „Neosozialen“ subsumieren lassen, bieten eine ergänzende Analysedimension für Nudging als neoliberalen Regieren. Eine Verwendung des Begriffs verengt jedoch die Perspektive auf das Konzept des Nudging. Zwar besitzen die Technologien neoliberaler Gouvernementalität teilweise „neosozialen“ Charakter – besonders die Konstruktion und Regierung des *Homo oeconomicus* – dennoch bleibt der Markt und dessen Logik Bezugspunkt für das Handeln des Individiums und der Regierung. Eine „neosoziale“ Subjektivität kann nicht losgelöst vom Prozess der „Ökonomisierung“ (Bröckling, Krassmann, Lemke 2000) verstanden werden. Die von der „neosozialen“ Programmatik eingeforderte Rationalität orientiert sich zwar an der Gesellschaft als Ganzes, „denkt‘ und „rechnet‘ aber weiterhin im ökonomischen Modell. Auch hier gilt die ökonomische Rationalität – die Kalkulation von Kosten und Nutzen.

Um aber Nudging und den Subjektivierungsprozess in all seinen sozialen sowie ökonomischen Dimensionen zu verstehen und dabei im Sinne Foucaults die Relationalität zwischen Technologie und Rationalität zu berücksichtigen, plädiert diese Arbeit für eine ergänzende Begriffsbezeichnung: Bei Nudging handelt sich um eine Form der neoliberalen Gouvernementalität, aber um eine, die durch eine „neosoziale Konfiguration“ gekennzeichnet ist. Die Subjektivierungsfigur ist nicht (mehr) der *Homo oeconomicus* ist, sondern vielmehr ein *Homo oeconomicus societalis*, dessen Rationalität sich als Unternehmer seiner selbst *und* der Gesellschaft deuten lässt.

„Wenn jene Krise das Ende des damals herrschenden Wirtschaftsmodells bedeutete, sollten wir dann nicht das Ende des Neoliberalismus und seine Ablösung durch etwas Neues erwarten? Nein.“ (Crouch 2011: 20)

6. Diskussion und Ausblick

Die Analyse dieser Arbeit konnte zeigen, dass sich Nudging und dessen zu Grunde liegende Theorie des Libertären Paternalismus als Technologie und Rationalität einer spezifischen Form der Regierung verstehen lassen kann. Die These dieser Arbeit legte nahe, dass es sich dabei um Technologie und Rationalität einer neoliberalen Gouvernementalität handelt. In drei Schritten wurden die Spezifika dieser Gouvernementalität herausgearbeitet. Dabei wurde erstens gezeigt, wie der Libertäre Paternalismus den genuin politischen Diskurs über staatliche Interventionen auf den Kopf stellt und so das Verhältnis von Staat und Markt de-politisiert, wobei letzterer zum überlegenen Prinzip erklärt wird. Danach wurde beschrieben, wie Nudging als Herrschafts- bzw. gleichzeitig als Selbsttechnologie wirkt. Den Erkenntnissen der Verhaltensökonomie über die Irrationalität des Individuums folgend, ist es Ziel des Nudging, die Individuen durch einen kleinen ‚Schubs‘ rationaler handeln zu lassen. Dabei soll die liberale Leitfigur des *Homo oeconomicus* angerufen und wiederhergestellt werden, der so als „Unternehmer seiner Selbst“ zum regierenden Subjekt neoliberaler Regierung wird. Im dritten Schritt wurde beschrieben, wie Nudging als Sicherheitstechnologie die Freiheit des geschaffenen *Homo oeconomicus* umrahmt und so gleichzeitig eine freie *und* der Gesellschaft gegenüber verantwortliche Subjektivität fordert.

Um die Vielschichtigkeit von Nudging als gesellschafts- und wirtschaftspolitische Intervention im Rahmen neoliberalen Regierens zu verstehen, wurde unter Bezugnahme des Konzepts des „Neosozialen“ für eine erweiterte Begriffsdefinition argumentiert: Der Begriff der ‚neoliberalen Gouvernementalität neosozialer Konfiguration‘ macht deutlich, dass die liberale Programmatik weit mehr als eine Ideologie des freien Marktes ist. Es ist eine Form sozialer Herrschaft, die die Rationalität des Individuums, den Wettbewerb und eine privatisierte Verantwortung konstituiert und regiert. Eine solche Kritik der neoliberalen Regierung verdeutlicht den Unterschied zwischen neoliberaler Rhetorik vom ‚Rückzug des Staates‘ und neoliberaler Realität – eine Differenz, die Foucaults Spätwerk bereits problematisierte.

Foucaults Vorlesungen zeigen die Kontinuität und den Wandel im Diskurs und in den Praktiken von Macht und Herrschaft. Ein Wandel von Technologien – und als solcher kann die zunehmende Bedeutung und Anwendung von Nudging verstanden werden – kann Anlass zur Weiterentwicklung der Regierungs rationalitäten des Neoliberalismus geben (Biebricher 2012: 168). Stehen wir also vor einer neugearteten Form des Neoliberalismus? Leggett (2014: 8) deutet das Aufkommen von Nudging und den wachsenden Einfluss der Verhaltensökonomie in der Politikgestaltung als Reaktion auf die Legitimationskrise des neoliberalen Projekts nach der Finanzkrise ab 2007. Wilby (2010) kommt zu einem ähnlichen Schluss:

„Nudge (...) came at a convenient moment for free market capitalism. It argues that there's nothing wrong with markets, only with people, and the state's role is to make people fit for markets, not the other way around.“

In diesem Sinne kann Nudging als Ausdruck neoliberaler Resilienz (Schmidt und Thatcher 2013; Joseph 2013) verstanden werden. Die Krise bedeutet für den Neoliberalismus nicht ein bevorstehendes Ende. Im Gegenteil – die Krise lässt den Charakter neoliberalen Regierens als sich stets wandelndes Regime sozial-ökonomischer Intervention deutlich werden. Nudging als Regierungstechnologie sollte als Teil dieses Wandels verstanden werden.

Neoliberalismus ist also gerade nicht der so oft herbeigerufene untote Zombie (Peck 2010). Er ist – um in der Metapher zu bleiben – ein Gestaltenwandler, der je nach Bedarf neosozialer oder neoliberaler auftritt und immer weniger vorgibt zu sein, als er wirklich ist.

Literaturverzeichnis:

- Anderson, E. (2000) Beyond homo economicus: New developments in theories of social norms. *Philosophy & Public Affairs*, 29(2), 170-200.
- Becker, G. (1982) Ökonomische Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen.
- Beshears, J., Choi, J. J., Laibson, D., & Madrian, B. C. (2009) The importance of default options for retirement saving outcomes: Evidence from the United States. In Social security policy in a changing environment (pp. 167-195). Chicago.
- Bhargava, S., & Loewenstein, G. (2015). Behavioral economics and public policy 102: Beyond nudging. *American Economic Review*, 105(5), 396-401.
- Biebricher, T. (2012) Neoliberalismus: zur Einführung, Hamburg.
- Bröckling, U. (2002) Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst. *Mittelweg*, 36(4), 6-26.
- Bröckling, U. (2007). Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M.
- Burchell, G., Gordon, C., Miller, P. The Foucault Effect: Studies in Governmentality, The University of Chicago Press, Chicago.
- Burnham, P. (2002) New Labour and the politics of depoliticisation, *British Journal of Politics and International Relations* 3, 2, 127–49.
- Camerer, C.F., Issacharoff, S., Loewenstein, G., O'Donoghue, T. and Rabin, M. (2003) Regulation for conservatives: Behavioral economics and the case for ‘asymmetric paternalism’. *University of Pennsylvania Law Review* 151(3): 1211–1254.
- COBIT (Cabinet Office Behavioural InsightsTeam) (2011) Government's nudge unit goes global, London: Cabinet Office.
- COBIT (2011) Behavioural Insights Team annual update 2010–11, London: Cabinet Office.
- COBIT (2012) Behavioural Insights Team annual update 2011–12, London: Cabinet Office.
- Crouch, C. (2011) Crouch, Colin: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Davis, J.B. (2011) Individuals and identity in economics, Cambridge: Cambridge University Press.
- Dean, M. (2014) Rethinking neoliberalism. *Journal of Sociology*, 50(2), 150-163.
- DellaVigna, S. (2009) Psychology and economics: Evidence from the field. *Journal of Economic Literature* 47(2): 315–372.
- Ewald, F. (1993) Der Vorsorgestaat. Frankfurt a.M., Suhrkamp.

- Die WELT (2015) Merkel will die Deutschen durch Nudging erziehen, 04.07.2016,
<http://www.welt.de/wirtschaft/article138326984/Merkel-will-die-Deutschen-durch-Nudging-erziehen.html>
- Fateh-Moghadam, B., & Gutmann, T. (2014) Governing [through] autonomy. The moral and legal limits of “soft paternalism”. *Ethical Theory and Moral Practice*, 17(3), 383-397.
- Fitzpatrick, T. (2011) Social paternalism and basic income, *Policy & Politics*, 39 (1): 83–100.
- Foster, E. A., Kerr, P., & Byrne, C. (2014) Rolling back to roll forward: Depoliticisation and the extension of government. *Policy & Politics*, 42(2), 225-241.
- Foucault, M. (1987) Das Subjekt und die Macht, in: Dreyfus, H., Rabinow P., Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Frankfurt a.M.
- Foucault, M. (1993a) Technologien des Selbst. L. H. Martin (Ed.). Frankfurt a.M.
- Foucault, M. (1993b) About the Beginning of the Hermeneutics of the Self: Two Lectures at Dartmouth. *Political Theory*, 21(2), 198-227.
- Foucault, M. (1994). Das Subjekt und die Macht. Frankfurt a.M.
- Foucault, M. (2000) Die Gouvernementalität, in: Lemke, T., Krassmann, S., Bröckling, U. Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M., 41-68.
- Foucault, M. (2004) Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979, Frankfurt a.M.
- Foucault, M., & Senellart, M. (2006) Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Geschichte der Gouvernementalität I: Vorlesung am Collège de France, 1977-1978, Frankfurt a.M.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2014) Kanzlerin sucht Verhaltensforscher, 04.07.2016,
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kanzlerin-angela-merkel-sucht-verhaltensforscher-13118345.html>
- Gordon, C. (1991) Governmentality: An Introduction, in: Burchell, G., Gordon, C., Miller, P. The Foucault Effect: Studies in Governmentality, The University of Chicago Press, Chicago, 1-53.
- Halpern, D., Bates, C., Beales, G., & Heathfield, A. (2004) Personal responsibility and changing behaviour: the state of knowledge and its implications for public policy (p. 32). London: Cabinet Office.
- Harvey, D. (2007) A brief history of neoliberalism. Oxford University Press.
- Hayek, F. A. The Road to Serfdom (1944) (1980). a nutshell, the book demonstrated that socialism and planning led to serfdom, London.
- Henderson, D. (2014) Leviathan in Sheep’s Clothing? *Soc (Society)*. (51/3).

- Hindess, B. (1993) Liberalism, socialism and democracy: variations on a governmental theme: Liberalism, socialism and democracy. *Economy and Society*, 22(3), 300-313.
- HM Government (2010) The Coalition: our programme in government. Freedom, Fairness, Responsibility, London.
- Horton, T. (2009) The darker side of nudging, *The Political Quarterly*, 80 (2): 295–8.
- Jessop, B. (2002) Liberalism, neoliberalism, and urban governance: A state-theoretical perspective. *Antipode*, 34(3), 452-472.
- Joseph, J. (2013) Resilience as embedded neoliberalism: a governmentality approach. *Resilience*, 1(1), 38-52.
- Jones, R., Pykett, J., & Whitehead, M. (2011). The geographies of soft paternalism in the UK: the rise of the avuncular state and changing behaviour after neoliberalism. *Geography Compass*, 5(1), 50-62.
- King, J. (2015) Choice Architectures: Why not nudge?, *Verfassungsblog*, 04.07.2016, <http://verfassungsblog.de/not-nudge-2/>.
- Leggett, W. (2014) The politics of behaviour change: nudge, neoliberalism and the state. *Policy & Politics*, 42(1), 3-19.
- Lemke, Thomas (1997) Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin.
- Lemke, T. (2000a) Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: Lemke, T., Krassmann, S., Bröckling, U. Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a.M. 7-32.
- Lemke, T. (2000b). Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift*, 41(1), 31-47.
- Lemke, T. (2004) Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus. *Widerspruch*, 24 (46), 89-98.
- Lessenich, S. (2003a) Soziale Subjektivität. *Mittelweg*, 36(4), 80-03.
- Lessenich, Stephan (2003b): Der Arme in der Aktivgesellschaft. Zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“, *WSI Mitteilungen* 56 (4), S.214–220
- Madra, Y. M., & Adaman, F. (2014) Neoliberal Reason and Its Forms: De-Politicisation Through Economisation. *Antipode*, 46(3), 691-716.
- McMahon, J. (2015) Behavioral economics as neoliberalism: Producing and governing homo economicus. *Contemporary Political Theory*, 14(2), 137-158.
- MetallRente (2016) Jugend, Vorsorge, Finanzen: Zwischen Eigenverantwortung und Regulierung – Lösungsansätze in Deutschland und Europa. Weinheim, Basel.

- Mill, JS. (2002) *On Liberty*. Newton Abbot.
- Mirowski, P. and D. Plehwe (2009) *The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge, MA.
- Oksala, J. (2011) Violence and neoliberal governmentality. *Constellations*, 18(3), 474-486.
- Peck, J., & Tickell, A. (2002). Neoliberalizing space. *Antipode*, 34(3), 380-404.
- Peck, J. (2010) Zombie Neoliberalism and the Ambidextrous State, *Theoretical Criminology* 14: 104–10.
- Pykett, J., Jones, R. and Whitehead, M. (2011) Introduction: The geographies of supple states, *Political Geography* 30(6): 301–302.
- Read, J. (2009) A genealogy of homo-economicus: Neoliberalism and the production of subjectivity. *Foucault studies*, 25-36.
- Rose, N. (1993). Government, authority and expertise in advanced liberalism. *Economy and society*, 22(3), 283-299.
- Rutter, T. (2015) The rise of nudge – the unit helping politicians to fathom human behaviour, *The Guardian*, 17.08.2015, www.guardian.co.uk.
- Sennelart M. (2004) Situierung der Vorlesungen, in: Foucault, M. *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt a.M., 445-490.
- Schmidt, V. & Thatcher, M. (2013) Resilient Liberalism in Europe's Political Economy, Cambridge.
- Smith, A. (1999). *Der Wohlstand der Nationen*. S. Horn (Ed.). München.
- Sugden, R. (2009) On nudging, *International Journal of the Economics of Business*, 16 (3): 365–73.
- Sunstein, C. R. & Thaler, R. H. (2003) Libertarian paternalism is not an oxymoron. *The University of Chicago Law Review*, 1159-1202.
- Thaler, R. H. (2000) From homo economicus to homo sapiens. *The Journal of Economic Perspectives*, 133-141.
- Thaler, R. H. & Mullainathan, S. (2000). Behavioral economics. National Bureau of Economic Research.
- Thaler, R. H. & Sunstein, C. R. (2009) *Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstößt*. Berlin, Ullstein.
- The Economist (2006) The state is looking after you, leader, 04.07.2016, www.economist.com/node/6772346.

- The Telegraph (2008) Tory MPs issued with 'Cameroonian' summer reading list, 04.07.2016,
<http://www.telegraph.co.uk/news/politics/conservative/2493247/Tory-MPs-issued-with-Cameroonian-summer-reading-lists.html>
- The World Bank (2015) MIND, SOCIETY, AND BEHAVIOR, Washington DC.
- Traxler, Christian (2016) Pension Reform: Needing a Nudge, Handelsblatt Global, 04.07.2015, www.global.handelsblatt.com.
- Whitehead, M., Jones, R. and Pykett, J. (2011) Governing irrationality, or a more than rational government? Reflections on the rescientisation of decision making in British public policy, *Environment and Planning A*, 43 (12): 2819–37.
- Wells, P. (2010) A nudge one way, a nudge: libertarian paternalism as political strategy, *People, Place and Policy Online*, 4 (3): 111–18.
- Wilby, P. (2010) The kindly words of nudge are Cameron's ideal veneer, *The Guardian*, 17.08.2015, www.guardian.co.uk.